

Antrag vom 25.03.2022	
------------------------------	--

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Antrag

Stadträtinnen/Stadträte – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion
Betreff Dolmetscherpool beschleunigen

Putins völkerrechtswidriger Angriffskrieg in der Ukraine dauert bereits vier Wochen lang. Es ist davon auszugehen, dass mit der Zeit mehr und mehr Menschen aus dem zerstörten Land fliehen und Zuflucht in den Nachbarländern suchen werden.

In Stuttgart alleine kommen täglich 200 bis 300 Schutzsuchende an. Zu 90 Prozent bleiben sie in der Stadt und müssen untergebracht, medizinisch versorgt, betreut und beraten werden. Hierfür sind Dolmetscher*innendienste unerlässlich, die bisher zu einem großen Teil von Freiwilligen geleistet werden. Wir schätzen das Engagement der Zivilgesellschaft, sind uns allerdings der begrenzten Ressourcen der Ehrenamtlichen bewusst und möchten sie mittel- und längerfristig entlasten.

Im letzten Haushalt haben wir für das Jobcenter ein Budget für Dolmetscherkosten für komplexe Beratungsgespräche in Höhe von 20.000 Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt. Für die Dolmetscher*inneneinsätze im Rahmen des Integrationsmanagements bei den Trägern der Flüchtlingshilfe haben wir 60.000 Euro pro Jahr eingestellt. Gleichzeitig haben wir angeregt, dass ein Konzept für einen stadtweiten Dolmetscher*innen-Pool für alle Fachämter entwickeln werden soll, um die Bedarfe künftig gesamtstädtisch und ämterübergreifend abzudecken. Doch durch die aktuelle Situation hat sich der Bedarf, insbesondere an ukrainisch- oder russischsprachigen Dolmetscher*innendiensten, drastisch erhöht.

Wir fragen daher

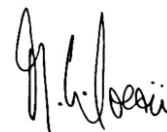
1. an welchen konkreten Stellen/bei welchen Ämtern der Bedarf an Dolmetscher*innendiensten derzeit am größten ist;
2. ob die Erstellung eines Konzepts für einen stadtweiten Dolmetscher*innen-Pool vorgezogen werden kann, damit die Ergebnisse so bald wie möglich zu Verfügung stehen;
3. wie der bestehende Dolmetscher*innen-Pool bei SI-IP bis dahin so aufgestockt werden kann, damit dieser den aktuell erhöhten Bedarf abdecken kann und allen betroffenen Ämtern zur Verfügung steht;
4. ob ausreichend ukrainisch- bzw. russischsprachige Dolmetscher*innen in der Stadt zur Verfügung stehen;
5. ob und inwieweit die im Haushalt bereitgestellten Mittel für Dolmetscher*inneneinsätze der Träger der Flüchtlingshilfe erhöht werden müssen, um der aktuellen Situation Rechnung zu tragen.



Jitka Sklenářová



Petra Rühle



Marina Silverii